

„Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven des Nordseeschutzes“

Die Eröffnungsrede

von Peter Willers, AKN

Wir haben unsere Tagung „NORDSEE-VISIONEN“ genannt. Laut Duden bedeutet Vision „Erscheinung vor dem geistigen Auge“, aber auch „Trugbild“.

Wenn wir uns unser Meer in 18 oder 19 Jahren vorstellen, so kann das, was wir da sehen ein lebendiges, dynamisches und wegen seiner Vielfalt bewundernswertes Ökosystem sein, maßvoll genutzt, aber vor negativen Folgen menschlicher Wirtschaftsweise weitgehend geschützt – oder diese Erscheinung ist ein Trugbild.

Wir haben das in der Hand.

Im Zustand unseren Meeres spiegelt sich unsere Lebensweise und unser Verhältnis zu Natur und Umwelt. Diese Erkenntnis ist schwerwiegend, weil es dann nicht mehr damit getan ist, einige Nationalparks einzurichten und punktuelle Verbesserungen im Naturschutz zu erreichen, so wichtig das im Einzelnen auch ist.

Unsere **gesamte** Lebens- und Wirtschaftsweise gerät in den Blick. Alles scheint plötzlich komplex und kompliziert. Zusammenhänge müssen verstanden werden, Umwelt- und Meeresschutz wird zu einem brisanten politischen Arbeitsfeld. Und wer dort im Sinne des Erhalts natürlicher Lebensgrundlagen arbeitet, tut das gegen die vorherrschende Philosophie, die alles und jedes dem Nützlichkeitsprinzip unterwirft.

Was ist die Nordsee in diesem Sinne heute? Abfallsenke für ganz Nordeuropa, Öl- und Gaslieferant, Transportweg für Warenströme, demnächst vielleicht auch Standort zur Stromerzeugung. Sie ist aber auch Nahrungsquelle und Erholungsraum für Millionen von Menschen.

Da gibt es dann Kollisionen bei den Nutzungsinteressen. Die auszutarieren und Nutzungen so lange wie möglich zu sichern ist Aufgabe der herrschenden Politik – wie sie sie praktiziert.

2002 ist Halbzeit zwischen dem Beginn eines politischen Prozesses der 1984 anfang und einer politischen Zielzahl, dem Jahr 2020, in dem die Einleitung gefährlicher Stoffe in die Nordsee beendet sein soll.

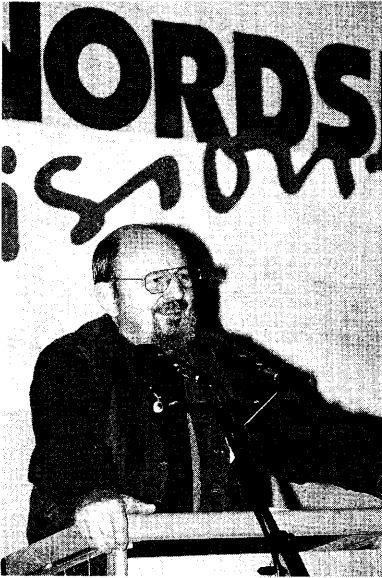
Schon 1980 hatte der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen in einem umfangreichen Gutachten zum ersten Mal massive Warnungen zur Verschlechterung des Nordseezustands ausgesprochen. Mit der 1. Internationalen Nordseeschutzkonferenz (INK) der Umweltminister der Nordseeanrainerstaaten 1984 in Bremen wurde die Nordsee und ihre Zukunft Gegenstand eines interstaatlichen politischen Gestaltungsprozesses. Absicht war es – wie es ein Bonner Beamter damals formulierte – die bis dahin schon installierten Regimes wie Oslo- und Paris- Kommission und London Dumping Convention „mit politischen Knüppeln in Trab zu bringen“. Diese erste INK begann bescheiden: Innenminister Zimmermann (CSU) damals noch für Umweltschutz zuständig resümierte, es sei ein Fortschritt, dass man sich überhaupt getroffen habe.

Ministerkonferenzen waren damals noch closed shops, Umweltorganisationen hatten dort noch nichts zu suchen. 1984 war auch das Jahr der ersten Aktionskonferenz Nordsee aller deutschen Umweltverbände, die mit einem Nordseememorandum und Forderungskatalog an die hohe Politik endete.

Ich erinnere mich noch gut an die Rippenstöße des Herrn Zimmermann, als wir ihm unser Memorandum im Bremer Rathaus zu übergeben versuchten und er glaubte, sich den Weg

zum Abendbuffet freikämpfen zu müssen. Nun wenigstens da hat sich einiges geändert. Jetzt sitzen wir an der Herren Tische und dürfen in diesem Rahmen unsere Meinung sagen. In Bremen einigte man sich damals immerhin darauf, zur Lösung der Probleme einen ganzheitlichen Ansatz zu wählen. Dieser wohlfeilen Absichtserklärungen gab es in der Folge der nächsten Ministerkonferenzen viele:

Basis des Handelns sollte das Vorsorgeprinzip sein, das staatliches Einschreiten auch dann schon ermöglichen sollte, wenn der letzte wissenschaftliche Nachweis einer möglichen Schädigung noch nicht erbracht sei. Das Prinzip sollte gelten, dass der Verursacher für entstandene Schäden aufzukommen habe. Die bestverfügbare Umwelttechnik sollte eingeführt und die beste Umweltpaxis bei diffusen Schadstoffquellen angewandt werden. Im nächsten Jahr auf der 5. INK soll sogar diskutiert werden, wie die viel zu großen ökologischen Fußabdrücke, die wir mit unserer Lebens- und Wirtschaftsweise hinterlassen, bei praktischen Maßnahmen berücksichtigt werden können. Was ist von derartigen Verlautbarungen zu halten, was haben sie bewirkt?



Zunächst einmal wurde all dies schon 1987 durch eine kleine diskrete Fußnote in der Schlusserklärung der 2. INK so relativiert, dass alle Maßnahmen auch wirtschaftlich vertretbar sein müssten. Ein Sündenfall, mit dem die Politik

ihre Verantwortung weitgehend an die Wirtschaft abtrat, denn Entscheidungen über wirtschaftliche Vertretbarkeit treffen in der Regel nun einmal nicht Politiker.

In der Eröffnungsrede zur 2. INK warnte damals Prinz Charles zu Recht, dass der Patient Nordsee gestorben sein könne, während die Ärzte noch über die Therapie berieten.

Die vergangenen 18 Jahre waren ein Kampf gegen politische Ignoranz und wirtschaftliche Interessen, mit denen dem Meer der Atem genommen wird. Im wahrsten Sinne des Wortes.

Was ist wirklich an erkennbaren Fortschritten herausgekommen?

Nun, die Verbrennung giftiger Chemikalien auf See wurde eingestellt und weitgehend auch das Verklappen von Abfällen der verschiedensten Art. Einige von Ihnen werden sich erinnern, dass dies nicht allein aus besserer Einsicht der Politik geschah, sondern dass den Einstellungsbeschlüssen massive Proteste und Aktionen von Umweltorganisationen vorausgingen.

In Deutschland legte Minister Töpfer 1988 ein 10-Punkte-Programm auf, dessen wichtigster Punkt die Nachrüstung von Klärwerken war. Auch dies nicht ohne den Impuls von außen: der Schock der Bevölkerung über das Massensterben der Robben zwang zum Handeln.

Sie sehen: Wir haben es in der Hand.

Übrigens ist der Stand deutscher Technik in der Abwasserbehandlung noch längst nicht europäischer Standard, z.B. in Großbritannien oder Belgien. In Europas Hauptstadt Brüssel werden Fäkalien bis heute nur mechanisch geklärt, bevor sie über den Vorfluter (zu deutsch Fluss) das Meer erreichen.

Ich will aber nicht ungerecht sein: natürlich ist in den vergangenen Jahren noch mehr geschehen. Eine Debatte über Sinn und Unsinn der Chemieproduktion ist in Gang gekommen – auch nicht ohne den Druck der NGOs. Aber gerade auch auf diesem Felde ist das Nichtwissen über potentielle und tatsächliche Gefährdungen z. B. durch das Zusammenwirken verschiedener Stoffe oder deren Langzeitwirkungen auch immens. Hier wäre in besonderer Weise erforderlich, das Vorsorgeprinzip als Besorgnisprinzip konsequent

und gegen den massiven Widerstand einer der mächtigsten Industriebranchen durchzusetzen.

Warum geht hier alles so langsam? Warum ist der Fortschritt im Umweltschutz eine Schnecke, wo sich doch überall sonst alles rasend beschleunigt? Der Gründe gibt es viele: Allen voran natürlich die kapitalistische Verwertungslogik. Hier einzugreifen und zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu gelangen wird in Zeiten der Globalisierung immer schwieriger. Schon die Frage, ob der Staat noch ordnungsrechtliche Instrumente anwenden sollte oder ob die Wirtschaft sich selbst reguliert und kontrolliert wird zunehmend zu Gunsten des letzteren gehandhabt.

Dann ist Umwelt- und damit auch Meeresschutz in Politik und Verwaltung in der Regel Angelegenheit eines Ressorts – zumeist des schwächsten und wenig ernst Genommenen. Umwelt als Querschnittsaufgabe kommt nicht vor. Die Realisierung von Maßnahmen verliert sich zudem oft in einer unglaublichen Vielzahl zuständiger Ebenen und Grenzen, in erstarrten Verwaltungsstrukturen. Im internationalen Meeresschutz z.B. beanspruchen mehr als 200 Gremien, Ausschüsse und Unterausschüsse, gehört zu werden.

Und schließlich ist Umweltschutz in der Skala öffentlicher Problemwahrnehmung weit nach unten gerutscht. Es ist – zugegebenermaßen – auch schwer zu ertragen, dass jahrzehntelang immer und immer wieder die gleichen Probleme gewälzt werden, ohne dass Lösungen in Sicht kommen.

Aber wir haben's in der Hand, das zu ändern.

Wir müssen es nicht hinnehmen, dass ein großer Teil des Nordseebodens beim Seezungenfang mehrmals jährlich durch Baumkurren umgepflügt wird.

Wir haben es in der Hand, dafür zu sorgen, dass die perverse Gammelfischerei eingestellt wird, mit der Fischmehl zur Viehfütterung gewonnen wird.

Wir müssen es nicht hinnehmen, dass noch Seelenverkäufer von Schiffen die Meere unsicher machen und dass der Schwefelausstoß aus Schiffsschornsteinen die gleiche Größenordnung erreicht, wie der aller Autos weltweit.

Wir haben es in der Hand, dafür zu sorgen, dass das Meer bei der Öl- und Gasförderung nicht mehr mit zigtausenden Tonnen Chemikalien und Öl verseucht wird.

Wir müssen nicht hinnehmen, dass über 100.000 chemische Substanzen – viele auf ihre Wirkung ungeprüft und z.T. umweltschädlich, produziert und eingesetzt werden.

Und schließlich haben wir es schon einfach als Verbraucher in der Hand, eine industriell betriebene Landwirtschaft zu beenden, die mit hunderttausenden Tonnen Nitraten im Jahr das Meer zum Blühen und anschließend zum Sterben bringen kann.

Ich sagte schon, dass Meeresschutz nicht als isoliertes und lokales Problem betrachtet werden kann. Nordseeschutz fängt in der Kloschüssel in Baden-Württemberg an. Mit Verbraucherverhalten lässt sich schon viel erreichen. Sehen wir doch genau hin, wo wir durch Werbung manipuliert werden, wo fragwürdige Bedürfnisse geweckt werden sollen. Hinterfragen wir z.B. einmal, wie es dazu kommen konnte, dass sich innerhalb von zwei Jahren Anfang der 80er Jahre der Absatz von Hygienereinigern verzwanzigfacht hat. Im Laufe der 80er Jahre entwickelte sich jedoch ein kritisches Verbraucherverhalten, das im folgendem Jahrzehnt erneut mit psychologischem Geschick der Werbebranche und Milliardenaufwand gewendet wurde. Zur Zeit leben wir im Wesentlichen wieder mehrheitlich als unreflektierte Konsumenten. Was ist da mit uns gemacht worden?

Wir können es ändern, wir haben es in der Hand.

Verbraucherverhalten allein aber wird für die notwendigen Veränderungen nicht reichen. Wenn es so ist, dass selbst nationale Politik dramatisch an Gestaltungsmöglichkeiten

verliert, die an die großen internationalen Unternehmen und Netzwerken abgibt, ist es höchste Zeit, dass wir uns zu Wort melden. Mitentscheidungsmöglichkeiten einfordern, antreten gegen eine sich rasend beschleunigende menschen- und umweltfeindliche Entwicklung. Ich glaube aber, dass dies nur gelingen kann, wenn wir drei Dinge tun:

1. für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen
2. eine angemessene Bildung und Ausbildung garantieren und
3. ökonomische und technische Wachstums- und Entwicklungsprozesse verlangsamen, ebenso wie zu gesellschaftlichen und individuellen Lebensrhythmen nach menschlichem Maß zurückzufinden.

Ich glaube, dass es erforderlich ist, dies mit zu bedenken, wenn wir heute über die praktischen Probleme und Problemlösungen zur Nordsee reden.

Unsere Intention zu dieser Tagung war es, nicht nur klein-klein Vorschläge und Forderungen an die Regierungen der Nordseestaaten zu richten, sondern ihnen auch ein Bild unserer Vorstellungen von einem intakten Ökosystem zu übermitteln. Dies auch und ganz besonders unter dem Aspekt, dass wir die Pflicht haben, der nächsten und den kommenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen.

Die Umweltminister werden sich im März nächsten Jahres zum fünften Male treffen. Sie sollen dann unsere Charta und unseren Katalog von Forderungen vorfinden.

Es liegt an uns, wir haben es in der Hand, ob sie das ernst nehmen und berücksichtigen.

Es gibt Tendenzen, das Instrument INK mit dieser Sitzung aufzugeben. So kritisch wir die INKs in den vergangenen 18 Jahren auch begleitet haben, wir fänden es falsch, wenn das so beschlossen würde, denn es ist eine der wenigen Möglichkeiten, direkt auf die Politik einzuwirken und Öffentlichkeit herzustellen.

Ein letztes noch zu den Visionen: es geht uns nicht darum, unerreichbaren Utopien nachzujagen, sondern mögliche Entwicklungen aufzuzeigen, die oft nicht einmal großer neuer Diskussionen bedürfen, weil sie längst gedacht, oft sogar in die Wege geleitet wurden, an deren Umsetzung es aber hapert. Beispiel: der Beschluss der Umweltminister, bis zum Jahr 2020 den Eintrag gefährlicher Stoffe in die Nordsee auf Null zu bringen.

Meine persönliche Vision zum Jahr 2020 sähe so aus:

- Dieser Schadstoffeintrag ist tatsächlich auf Null gebracht.
- Die Nutzung der Kernenergie ist beendet.
- Durch Nutzung erneuerbarer Energien und Energiesparmaßnahmen konnte der Verbrauch von Öl und Gas verringert werden, die Förderaktivitäten in der Nordsee wurden entscheidend zurückgeführt. Die Erschöpfung der Vorräte tat ein übriges.
- Die ökologische Landwirtschaft hat sich dank entschlossener Fördermaßnahmen und verändertem Verbraucherverhalten durchgesetzt.
- Der Individualverkehr ist durch die Einführung attraktiver ÖPNV-Systemen zurückgegangen.
- Eine nachhaltige Fischereiwirtschaft konnte installiert werden, nicht zuletzt dank dem Rückgang des Fleisch- und Fischkonsums.
- Durch die Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen ist ein Teil des globalen Warenverkehrs überflüssig geworden. Der verbleibende Seeverkehr wird in Schiffen mit hohem Sicherheitsstandard abgewickelt.

Über unser Meer brauchen wir uns so keine Sorgen mehr zu machen.

Ob dies ein Trugbild bleibt?

Wir haben es in der Hand!

Bremer Charta

Forderungen an die Umweltminister der Nordseeanrainerstaaten

Erarbeitet und einstimmig verabschiedet auf der Tagung
„NORDSEE-VISIONEN“ am 10./11. November 2000 in Bremen

18 Jahre nach Beginn einer international abgestimmten Nordseeschutzpolitik hat sich weder für das Meer als hochsensibles Ökosystem noch für seine Küstenregionen Entscheidendes getan.

Noch immer haben Nutzungsinteressen überall Vorrang vor wirksamen Schutzkonzepten. In immer weiteren Bereichen überträgt die Politik aktives Handeln auf die Wirtschaft und gibt damit Regulierungskompetenz und Kontrolle an sie ab.

Von all ihren vereinbarten Zielen haben die bislang vier Internationalen Nordseeschutzkonferenzen (INK) nichts Wesentliches erreicht – dabei waren diese Ziele oft spärlich genug: Weder Vorsorge- noch Verursacherprinzip sind Grundlage politischen Handelns.

Für die Teilnehmenden an der Tagung „NORDSEE-VISIONEN“ ergeben sich aus dieser Bilanz folgende konkrete Forderungen an die fünfte INK:

Für die gesamte Nordsee muss eine Raumordnungsplanung durchgeführt werden, um einen Ausgleich zwischen den einzelnen Nutzungs- und Schutzansprüchen zu erzielen.

Vor sechs Jahren hat die INK beschlossen, bis zum Jahr 2020 den Eintrag aller gefährlichen Stoffe in die Nordsee auf Null zu bringen. Obwohl dieses so genannte Esbjerg-Ziel mittlerweile von anderen internationalen Gremien bestätigt worden ist, sind bis heute keine Schritte zur Umsetzung erkennbar: Nicht einmal eine umfassende Bewertung der Unmengen heute am Markt gehandelten Chemikalien hat begonnen. So wird das Esbjerg-Ziel für die europäische Nordseeschutzpolitik zum Dreh- und Angelpunkt und muss sowohl in der neuen EU Chemikalienpolitik als auch bei der Revision der Pestizidrichtlinie angemessen verankert werden.

Die Nährstoffbelastung der Nordsee ist umgehend zu verringern durch breite Förderkonzepte für den ökologischen Landbau. Stickstoffhaltiger Dünger und Importfutter sind durch Abgaben drastisch zu verteuern, um ihren umweltschädlichen Einsatz zurück zu drängen.

Ziel einer zukünftigen Fischereipolitik muss eine an ökologischen Qualitätskriterien ausgerichtete Fischerei sein (Prinzip der Nachhaltigkeit), die sich an die Bedingungen des Ökosystems anpassen muss. Dazu gehört beispielsweise, 25 Prozent der Fläche der Nordsee als marine Schutzgebiete auszuweisen sowie das Verbot besonders schädlicher Fischereipraktiken.

Alle Aktivitäten an Flüssen und in Küstenregionen wirken direkt auch auf die Nordsee: Probleme durch Flussvertiefungen, Hafenbau, Industrieansiedlungen, Verkehrsstruktur und vieles andere mehr werden aber von den Umweltministern der INK als ressortfremd bislang nicht zur Kenntnis genommen. Beispielsweise würde ein sinnvolles europäisches Hafenkonzert Hafenneu- und -ausbau überflüssig machen sowie weitere Flussvertiefungen oder zunehmende Baggergutmengen vermeiden.

Unabdingbar ist die sofortige Ratifizierung aller vorhandenen internationalen Umweltschutzvereinbarungen für die Schifffahrt und ihre sofortige Inkraftsetzung für den Bereich der Nordsee. Alle Fragen des Seetransports müssen Bestandteil des „Kyoto-Protokolls“ zum Klimaschutz werden. Darüber hinaus muss sofort mit dem Bau umwelt- und sozialverträglicher Schiffe mit bestverfügbarer Technik begonnen werden. Solche „Schiffe mit Zukunft“ müssen zum Standard auf allen Weltmeeren werden. In der Schifffahrt sollen Rückstandsöle durch an Land übliche Treibstoffe ersetzt werden.

Angesichts der aktuellen Bestrebungen, große Teile der Nordsee mit Windkraftanlagen bisher ungekannter Menge und Größe zuzupflastern, muss die INK dafür Sorge tragen, dass vor jedem Baubeginn die Risiken für Meeresumwelt, Vogelzug und Schiffssicherheit untersucht und beachtet werden. Durch die gegenwärtigen Giga-Windkraft-Pläne wird das Gebot des Energiesparens diskreditiert. Wir brauchen dringend ein Gesamtkonzept für Quellen und Struktur der künftigen Energieversorgung und des Verbrauchs.

Dies sind nur wenige, zentrale Forderungen unseres Kataloges zur Verwirklichung einer Vision von einer Nordsee, deren natürlicher Reichtum nicht mehr bloßer Ausbeutung geopfert wird. Wir fordern die Minister der INK auf, diesen Katalog jetzt umzusetzen – und wir appellieren an alle gesellschaftlichen Gruppen, für den dafür notwendigen Druck zu sorgen.